

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan

am Mittwoch, dem 03.05.2023 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:19

CDU-Fraktion

Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
AM Henrik Radtke
AM Johannes Woike

bis TOP 8

SPD-Fraktion

Stv. Martin Haesen
Stv. Marion Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus

Vertretung für AM Michael Petersen

Vertretung für Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat
Stv. Nadine Lütz

Vertretung für AM Dieter Terjung

GAL-Fraktion

AM Lucio Dröttboom
Stv. Tabea Haberpursch

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann

Vertretung für AM Dirk Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Behindertenbeauftragte/r

Frau Gabi Bongard

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Michael Schneider
AM Christine Kadach

Gäste

Herr Gärtner
Herr Jürgen Lenz
Frau Katja Neveling
Frau Rebecca Zink

Der 2. stellvertretende Vorsitzende Klaus Mentrop eröffnet um 17:00 Uhr die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden – insbesondere Hr. Lenz und Fr. Zink von der Statistikstelle des Kreises Mettmann sowie Hr. Gärtner und Fr. Neveling von der Caritas - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Integrationsbericht Vorlage: 50/026/2023

Protokoll:

VA Kadach verweist auf den von ihr erstellten Integrationsbericht und stellt Hr. Lenz und Fr. Zink von der Statistikstelle des Kreises vor, die im Folgenden den Bericht mit Kennzahlen anreichern werden (Anlage 1).

Auf Nachfrage von **Stv. Lukat** bestätigt **Hr. Lenz**, dass eine quartiersscharfe Statistik bereits existiere, nun aber ein detaillierterer Raumbezug durch die Zuordnung von EMA-Daten zur Verfügung stehe.

Stv. Lukat fragt seitens der WLH-Fraktion nach, warum der Politik zur Beratung und Entscheidungsfindung keine konkreteren Daten zur Verfügung gestellt würden, wenn dies doch technisch möglich sei.

VA Schneider erklärt, dass man technisch erst seit kurzem dazu in der Lage sei und der Politik künftig detailscharfe Daten zur Verfügung stellen werde.

Hr. Sattler zeigt sich froh über die neue Datengrundlage, da sie die Arbeit in den Quartieren optimieren helfe.

Stv. Niklaus möchte für die SPD-Fraktion wissen, inwieweit man die gezeigte Benutzeroberfläche öffentlich nutzbar machen könnte.

Hr. Lenz streicht heraus, dass grundsätzlich jede Gruppe von Menschen adressierbar sei, wenn die Datenschutzbestimmungen beachtet würden.

Auch **Bgo. Herz** zeigt sich ob der verbesserten Datengrundlage erleichtert, schließlich stünden neben der Sozial- auch die Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung an.

Die Nachfrage von **Stv. Kunkel-Grätz**, ob die Verwaltung künftig die Monitoring-Daten an die Politik weiterreichen werde, wird von **VA Kadach** bestätigt.

VA Schneider fügt an, die so erlangten Kennzahlen würden künftig in Berichten und im Haushaltsplan genannt.

Abschließend möchte **Stv. Niklaus** wissen, ob die öffentlichen Daten (z.B. der Bertelsmann-Stiftung) mit den vorliegenden Daten vergleichbar seien.

Hr. Lenz erläutert, die Daten des Kreises seien genauer, weil die Datengrundlage besser sei und die öffentlichen Daten oft über s.g. Stichproben-Daten erstellt würden.

Beschluss:

Der Integrationsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2./ Jahresbericht der Schuldnerberatung 2022

Protokoll:

Hr. Gärtner stellt seine Kollegin Fr. Neveling als Nachfolgerin von Hr. Rasch vor. Sodann erläutert er seinen Bericht.

Stv. Lukat hält die Präventionsarbeit für die jüngere Generation für sehr wichtig und empfiehlt, diese im neuen Angebot für 2023 noch stärker herauszustellen.

VA Schneider erklärt, man verhandele derzeit mit der Caritas über einen entsprechenden Leistungsvertrag. Gegenstand der Verhandlungen sei auch die präventive Schuldenberatung in Kindergärten und Schulen.

Stv. Leonhardt fragt für die CDU-Fraktion, wie vielen Haaner KiTas die Präventionsberatung angeboten worden sei und ob diese Beratung auch auf Grund- und weiterführende Schulen ausweitbar sei.

Hr. Gärtner bestätigt, man habe 2 Haaner KiTas dieses Beratungsangebot gemacht.

Stv. Leonhardt sieht auch die Vorweihnachtsberatung als wichtig an und möchte wissen, wie die Caritas die Reihenfolge der Fälle bei der Erstberatung sortiere.

Hr. Gärtner betont, hier spiele der Erfahrungswert der Mitarbeiter die größte Rolle. Es gelte herauszufinden, wo die Not am größten sei. Dazu müsse man wissen, dass Inkasso-Unternehmen einen sehr bedrohlichen und einschüchternden Ton wählen, um die Schulden einzutreiben.

Ferner möchte **Stv. Leonhardt** noch wissen, ob es Klienten gebe, die in einer jahrelangen Beratung verweilten.

Hr. Gärtner führt aus, darauf sei die Beratung der Caritas gar nicht ausgelegt. Möglich seien eine außergerichtliche Einigung mit dem Schuldner, eine Resignation seitens der Schuldner mit Abbruch der Beratung oder eine Beratungspause, nachdem die Caritas eine Gesamtaufstellung und Priorisierung aller Schulden vorgenommen habe.

Stv. Kunkel-Grätz befürwortet ebenfalls eine Ausweitung der Präventionsberatungen und fragt sich aufgrund der steigenden Beratungsanfragen, ob das Personal dafür ausreichend dimensioniert sei. Wartezeiten dürften nicht zu negativen Konsequenzen führen.

Fr. Neveling erklärt, die Caritas werde im Rahmen des Stärkungspaketes NRW versuchen, die Übernahme von unvermeidlichen Personalmehrkosten zu erreichen.

Beschluss:

Der Jahresbericht der Schuldnerberatung 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler verweist auf den neuen Flyer des Senior(inn)enbeirates, dessen Aktualisierung nach zwei Todesfällen und deren Nachbesetzung erforderlich geworden sei.

Beschluss:

Der Bericht des Senior(inn)enbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung **Vorlage: 50/022/2019/13**

Protokoll:

Hr. Sattler berichtet, dass die Mitfahrbank als Idee des Runden Tisches Gruiton noch immer nicht eröffnet werden konnte. Die Schilder seien starkklar, der erläuternde Flyer gedruckt und die Bänke längst bestellt. Doch zum einen weisen die Bänke eine viel längere Lieferzeit auf als angenommen und zum anderen sei die Baustelle an der Grundschule Gruiton als einer der beiden Bankstandorte noch immer vor Ort. Der Runde Tisch Mitte/Ost/West werde anlässlich des Bürgerfestes die 3. Auflage des Flyers inklusive eines Pflege-Flyers ausgeben. Exklusiv erhalte der SIGA bereits heute eine solche Ausgabe. Zum Bürgerfest gebe es einen Gemeinschaftsstand von Senior(inn)enbeirat und beiden Runden Tischen.

Beschluss:

Der Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Fr. Bongard berichtet über die weiterhin regelmäßig durchgeführten Telefonsprechstunden, bei denen vielfältige Beratungsleistungen angeboten würden. Gelegentlich sei auch ein Hausbesuch erforderlich, um z.B. beim Ausfüllen von Anträgen und Erklärungen behilflich zu sein. Sie biete den Mitgliedern des SIGA an, als Gäste an einer Ortsbesichtigung teilzunehmen.

Man einigt sich aber darauf, ein Mitglied pro Fraktion reiche.

Fr. Bongard bedauert, dass es in diesem Jahr nicht zu einer Teilnahme am Haaner Sommer reiche, weil sich das Team in der Corona-Krise aufgelöst habe. Am 3.11. finde von 10-16 Uhr aber im Forum die Hilfsmittelausstellung wieder statt, für die auch gerne noch Sachvorträge gesucht würden.

Beschluss:

Der Bericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Sachstand Stärkungspakt NRW
Vorlage: 50/024/2023

Protokoll:

VA Schneider stellt die Vorlage kurz vor. Im März habe die Verwaltung alle Vereine und Verbände zu einer Informationsveranstaltung eingeladen und mit ihnen beraten, welche Anträge genehmigungsfähig seien. Das zur Verfügung gestellte Geld könne wegen des eng gesteckten rechtlichen Rahmens so gut wie nicht genutzt werden.

Stv. Lukat spricht sich für eine öffentliche Thematisierung aus, um die Landesregierung aufzuwecken. Denkbar sei auch eine gemeinsame Pressemitteilung des SIGA.

Bgo. Herz verdeutlicht, dass sogar für den zurück zu zahlenden Betrag bei Nicht- oder Teilnutzung Zinsen fällig würden.

Stv. Lukat findet es wichtig zu wissen, was diese Aktion die Stadt koste.

Stv. Haesen möchte den kurzen Dienstweg zum zuständigen Landtagsabgeordneten wählen. Einer Pressemitteilung würde sich seine Fraktion nicht verschließen.

VA Schneider möchte zunächst die den Haaner Vereinen und Verbänden gesetzte Frist Mitte Mai abwarten, ob nicht doch Anträge eingingen und inwieweit diese genehmigungsfähig seien.

Stv. Leonhardt fragt, ob die Stadt Haan auch ans Ministerium herangetreten sei und ob nicht landesseitig nachgesteuert werde.

VA Schneider erläutert, die Stadt Haan befinde sich im Austausch mit dem Kreis. Städte und Kreise haben das Land gebeten, die Regelungen bis zum Jahr 2024 laufen zu lassen.

Bgo. Herz hält ein kurzes prägnantes Schreiben an den Landtagsabgeordneten für geboten, hat aber nur wenig Hoffnung, dass dieses Erfolg haben werde.

Beschluss:

Der SIGA nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**7./ Rahmenvereinbarung für neue Seniorenbegegnungsstätten
Vorlage: 50/025/2023**

Protokoll:

VA Schneider führt in die Vorlage ein. Neu sei vor allem, dass die Träger einen 50%igen Eigenanteil aufbringen müssten. Dieser Eigenanteil müsse ggfls. mit Hilfe von Zuschüssen oder Zuwendungen durch die Städte mitgetragen werden, damit entsprechende neue Begegnungsstätten errichtet und unterhalten werden könnten.

Hr. Sattler legt dar, dass Haan aufgrund der Einwohnerzahlen 2,5 Senior(inn)enbegegnungsstätten zustünden. Er bedankt sich bei Amt 50 für die Hartnäckigkeit gegenüber dem Kreis über Jahre hinweg.

Beschluss:

Die Rahmenvereinbarung für neue Seniorenbegegnungsstätten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**8./ Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangwohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) vom 11.07.2017
Vorlage: 50/023/2023/1**

Protokoll:

VA Schneider führt kurz in die Vorlage ein und äußert sein Bedauern, diese bereits im Februar beschlossene Satzung aufgrund eines ihm unterlaufenen Formfehlers erneut vorlegen und beschließen lassen zu müssen.

Stv. Kunkel-Grätz ist nicht klar, wie sich die Zimmerpreise errechnen und warum Unterschiede zwischen Flüchtlingen und Obdachlosen gemacht werden.

VA Schneider stellt klar, dass keine Unterschiede bei den Zimmerpreisen zwischen

Flüchtlingen und Obdachlosen gemacht würden. Diese Übergangssatzung habe eben aus Gerechtigkeitsgründen angepasst werden müssen. Es werde gerade an einer nachvollziehbaren neuen Gebührensatzung gearbeitet, die er in der nächsten SIGA-Sitzung zu präsentieren hoffe.

Beschluss:

Der SIGA empfiehlt, HFA und Rat der Stadt Haan mögen beschließen: Die im Entwurf beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler vom 11.07.2017 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9./ Tätigkeitsbericht Amt 50

Protokoll:

VA Schneider eröffnet mit der Ansicht, dieser Bericht ermögliche einen besseren Einblick in die geleistete Arbeit des Amtes 50.

Stv. Kunkel-Grätz bezieht sich auf den herausgestrichenen Bedarf an sozialem Wohnraum und möchte wissen, was die Verwaltung derzeit konkret unternehme, um diesen Bedarf zu befriedigen.

Bgo. Herz verweist auf die SPUBA-Vorlage, in der verschiedene geeignete Grundstücke vorgestellt werden. Die Federführung liege beim Technischen Dezernat, die Vorlage enthalte aber auch eine sozialpolitische Handschrift.

Die Anfragen der **Stv. Lukat** zur Thematik Psych KG werden zu Protokoll beantwortet (Anlage 2).

Stv. Lukat bittet künftig darum, sich ergebende Stellenbedarfe frühzeitig dem DOPA einzureichen, damit nicht erst im Rahmen der Stellenplanberatungen über die Notwendigkeit befunden werden müsse.

Bgo. Herz stellt fest, aufgrund des Fachkräftemangels gebe es massive Schwierigkeiten, die Stellen auch tatsächlich adäquat zu besetzen.

Beschluss:

Der Tätigkeitsbericht des Amtes 50 für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

10./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lütz bittet darum, in der Zeit vom 01.-30.06. am Rathaus die Progress Pride Flag (Regenbogenflagge) zu hissen.

Hinweis der Verwaltung

Der Rat hatte in seiner Sitzung am 11.05.2021 auf Antrag der GAL vom 31.03.2021 beschlossen, dass die Regenbogenflagge jährlich am 17.05. am Rathaus gehisst werden soll (Anlage 4). Die Verwaltung verfügt über die Flagge und wird am 17.05. entsprechend fahren. Soll länger oder anders gefahren werden, müsste der Ratsbeschluss erweitert werden.

Stv. Kunkel-Grätz fragt sich, wie Obdachlose erreicht werden können, die nicht in Unterkünften wohnen wollen.

VA Kadach erklärt, das Sozial- und Integrationsmanagement kümmere sich bei Bekanntwerden der Fälle durch Aufsuchen, Austausch und evtl. Einschalten der sozialen Wohlfahrtsverbände bzw. des sozial-psychologischen Dienstes um die Menschen. Wenn eine Gefährdung anderer Menschen oder eine Selbstgefährdung ausgeschlossen werden könne, sei deren Wunsch nicht in einer Unterkunft untergebracht zu werden, zu akzeptieren.

11./ Mitteilungen

Protokoll:

VA Schneider teilt mit, die Stadt Haan habe Landesmittel zur Unterbringung Geflüchteter in Höhe von 658.000 € erhalten.